

040514/EU XXIII.GP
Eingelangt am 03/07/08

DE

DE

DE



KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

Brüssel, den 3.7.2008
SEK(2008) 2175

ARBEITSDOKUMENT DER KOMMISSIONSDIENSTSTELLEN

Begleitdokument zum

Vorschlag für eine

EMPFEHLUNG DES RATES

über die europaweite Mobilität junger Freiwilliger

ZUSAMMENFASSUNG DER FOLGENABSCHÄTZUNG

{KOM(2008) 424}
{SEK(2008) 2174}

ZUSAMMENFASSUNG

Die grenzüberschreitende Mobilität junger Freiwilliger in der Europäischen Union hat geringe Ausmaße. Jungen Menschen, die im europäischen Ausland einer Freiwilligentätigkeit nachgehen wollen, stehen nicht genug Möglichkeiten zur Verfügung.

Daher hat die vorgeschlagene Initiative zum Ziel, die europaweite Mobilität junger Freiwilliger zu fördern. Als positiver Nebeneffekt ergäbe sich hierbei eine Erweiterung des nicht formalen Bildungsangebots sowie Verbesserungen in Bezug auf Beschäftigungsfähigkeit, Wettbewerbsfähigkeit, soziale Eingliederung und aktive Bürgerschaft. Die Initiative betrifft junge Menschen in der Europäischen Union, die unter 30 Jahre alt sind und in einem anderen Land als ihrem Herkunftsland einer Freiwilligentätigkeit nachgehen wollen. Dabei geht es um Freiwilligenaktivitäten, die sich klar von einem Beschäftigungsverhältnis unterscheiden und im Ausland während eines begrenzten Zeitraums ausgeführt werden – normalerweise mehrere Monate –, wie in der Mitteilung der Kommission „Folgendermaßen zum Weißbuch „Neuer Schwung für die Jugend Europas“ – Vorschlag für gemeinsame Zielsetzungen im Bereich der freiwilligen Aktivitäten Jugendlicher gemäß der Entschließung des Rates vom 27. Juni 2002 zu dem Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa“ aus dem Jahr 2004¹ dargelegt.

Die Situation der Freiwilligentätigkeit ist in den einzelnen Mitgliedstaaten uneinheitlich. Sie umfasst staatlich organisierte Freiwilligendienste, sowie von der Zivilgesellschaft organisierte Aktivitäten. Die Kommission spricht sich für eine Lösung aus, die die Interoperabilität aller existierenden Freiwilligensysteme ermöglicht.

Vor Ausarbeitung der vorgeschlagenen Initiative wurden breit angelegte Konsultationen mit den betroffenen Akteuren, den Freiwilligen- und Jugendorganisationen sowie den Mitgliedstaaten durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Konsultationen wurden im Vorschlag so weit wie möglich berücksichtigt. Ferner wurde den kürzlich abgegebenen Stellungnahmen des Europäischen Parlaments², des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses³ und des Ausschusses der Regionen⁴ Rechnung getragen.

Das Hauptanliegen der vorgeschlagenen Initiative besteht darin, die grenzüberschreitende Mobilität junger Freiwilliger zu steigern. Darüber hinaus geht es um folgende Einzelziele: Verbesserung des Kenntnisstandes über die Möglichkeiten für grenzüberschreitende Freiwilligenaktivitäten junger Menschen; Ausweitung des Angebots an Austauschmöglichkeiten für junge Freiwillige; Gewährleistung eines angemessenen Qualitätsniveaus; Förderung der von den jungen Freiwilligen erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten; Unterstützung der Jugendarbeiter, die die jungen Menschen bei ihrem grenzüberschreitenden Freiwilligeneinsatz betreuen; Ermutigung benachteiligter junger Menschen, sich an einer Auslandsaktivität zu beteiligen.

Die Kommission hat vier verschiedene Möglichkeiten untersucht, um festzustellen, welche davon diesen Ziele am besten gerecht wird: Beibehaltung des Status Quo; Verbesserung der Interoperabilität bestehender Systeme in den Mitgliedstaaten; Ausweitung des Europäischen

¹ KOM(2004) 337 endg., Brüssel, 30. Mai 2004.

² REGI/6/50546, 2007/2149, 21. April 2008.

³ SOC 243, 13. Dezember 2006.

⁴ ECOS-IV-017, 6./7. Februar 2008.

Freiwilligendienstes (EFD); Harmonisierung der nationalen Freiwilligenstrukturen für junge Menschen. Während ein Festhalten am Status Quo keine Fortschritte erbringen würde, wäre eine Ausweitung des EFD zu kostspielig, und eine Harmonisierung ist durch den EG-Vertrag ausgeschlossen. Daher bleibt als einzig praktikable Lösung die Verbesserung der Interoperabilität bestehender Systeme in den Mitgliedstaaten, die die Verwirklichung aller Ziele ermöglicht.

Interoperabilität bedeutet in diesem Kontext, dass nationale Freiwilligensysteme Gelegenheiten für Freiwillige aus anderen Mitgliedstaaten eröffnen und deren besonderen Bedürfnissen bei der Konzeption ihrer Aktivitäten Rechnung tragen. Dies könnte durch Folgendes geschehen: Verbesserung des Kenntnisstandes über nationale Systeme und zivilgesellschaftliche Organisationen; Unterstützung der Aufnahmeorganisationen im Land; Informationsverbreitung an junge Menschen, Jugendarbeiter und Jugendleiter über Möglichkeiten für Freiwilligentätigkeiten im Ausland; Hervorhebung des Werts europaweiter Mobilitätsnachweise für junge Menschen. Diese Bemühungen sollten durch Folgendes unterstützt werden: Qualitätssicherung der Freiwilligenaktivitäten; Anpassung der Lernergebnisse an nationale und europäische Qualifikationsrahmen; Verwendung von Europass und Youthpass; Förderung des transeuropäischen Freiwilligendienstes junger Menschen bei Arbeitgebern, Behörden, Institutionen usw. Die Kommission würde den Einsatz dieser Instrumente unterstützen und ein europäisches Internetportal für junge Freiwillige als Teil des existierenden Jugendportals entwickeln.

Um eine angemessene Wirkung zu erzielen, wird als Rechtsform in diesem Fall eine Empfehlung vorgeschlagen. Eine Empfehlung des Rates würde die Mitgliedstaaten in größerem Maße einbinden als eine Empfehlung der Kommission und ist in der Rechtsgrundlage, d. h. Artikel 149 Absatz 4 EG-Vertrag, ausdrücklich vorgesehen.

Für den Jugendbereich würde dies einen Quantensprung vorwärts bedeuten, da es sich um die erste Empfehlung des Rates handelt. Der Vorschlag zielt nicht darauf ab, einen radikalen Wandel herbeizuführen, sondern bezweckt vielmehr eine Weiterentwicklung existierender Mechanismen in den Mitgliedstaaten. Ausgehend von den bereits angenommenen Entschlüssen über die Freiwilligentätigkeit junger Menschen⁵ und Empfehlungen über die Mobilität⁶ sollen praktische Empfehlungen im Hinblick auf eine verbesserte Mobilität junger Freiwilliger in Europa formuliert werden. Die vorliegende Empfehlung ist Teil der erneuerten EU-Sozialagenda zum Thema „Chancen, Zugangsmöglichkeiten und Solidarität im Europa des 21. Jahrhunderts“.

⁵ 13996/04 vom 15. November 2004 und 14427/07 vom 19. November 2007.

⁶ 2001/613/EG vom 10. Juli 2001 und 2006/961/EG vom 18. Dezember 2006.